

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.57 Uhr
Ende: 13.50 Uhr

1) Oeverseegasse

GRin. **Edlinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen! In meiner Frage geht es um die Sanierung der Oeverseegasse und zwar in jenem Abschnitt zwischen der Elisabethnergasse und der Lissagasse. Vielleicht darf ich nur vorweg, damit alle auch wissen, worum es in dieser Frage geht oder sich konkret dreht, nur berichten oder in Erinnerung rufen, dass im November 2004 hier eine Informationsveranstaltung für die Anrainer/Anrainerinnen stattgefunden hat und damals die ursprünglich vom Amt vorliegende Planung für die Straßensanierung vorgelegt wurde, die war der Gestalt, dass die Fahrspur verbreitert werden hätte sollen und eine zweite Parkspur errichtet werden soll und bei dieser Bürger/Bürgerinnenversammlung haben sich bis auf zwei/drei Personen eigentlich alle Anrainer/Anrainerinnen gegen die Verbreiterung der Fahrbahn und gegen die zweite Fahrspur ausgesprochen. Ich habe dann in der Gemeinderatssitzung im Jänner 2005 an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, in der Fragestunde die Frage gerichtet, ob die Sanierung beziehungsweise Neugestaltung dieses Bereiches der Oeverseegasse nach den Wünschen der Anrainer und Anrainerinnen, die eben bei dieser Versammlung geäußert wurden, nun umgesetzt wird. Und Sie haben mir damals geantwortet, ich darf zitieren:

"Wir werden aus diesem Grund einen neuen Gestaltungsplan erstellen, welcher selbstverständlich im Dialog mit den Anrainerinnen und Anrainern und nach den Budgetgesichtspunkten genau erarbeitet werden wird. Die Neugestaltung eines Teils der Oeverseegasse soll, ja letztlich die Verbesserung der dortigen Wohnqualität bewirken und dies kann eben nur mit Rücksichtnahme auf die Wünsche der Bevölkerung dort passieren." Seither haben die Bewohner/Bewohnerinnen nichts mehr gehört, wie es nun mit der Straßensanierung weitergehen soll und vor allem,

welche neuen Pläne hier entwickelt werden sollen oder wurden und nachdem nun in der Oeverseegasse in der Zwischenzeit ein Teil der Alleebäume gefällt wurden und - dem Vernehmen nach – auch noch weitere Bäume gefällt werden sollen, möchten die Anrainer und Anrainerinnen nun wissen, ob nun in weiterer Folge eine Straßensanierung durchgeführt wird und wenn ja, wie dieses Bauvorhaben geplant nun ist.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

welche konkreten weiteren Schritte seitens der Stadt haben die Anrainerinnen und Anrainer der Oeverseegasse wann zu erwarten beziehungsweise wie wird dabei auf die Wünsche der Bevölkerung eingegangen? (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Kollegin Edlinger, nach der Bürgerinformationsveranstaltung, die Sie genannt haben, sind sehr viele Reaktionen bei uns eingelangt und zwar Haupttenor entweder gar nichts tun in der Straße, weil sie so passt oder wenn, dann eher weiter Verkehrsberuhigung, also eher Querschnittsverengung. Jedenfalls keine Ausweitung. Wir haben das Projekt aus diesem Grunde dann zunächst überhaupt liegen gelassen. Wie Sie dann richtig erwähnen, ist im Herbst 2005 das Erfordernis entstanden, die Bäume zunächst zu schneiden aus Verkehrssicherheitsgründen, inzwischen sind die Bäume an der Ostseite weitgehend gefällt worden, nach meinen Informationen, ich kann mich aber gerne nach dem aktuellen Stand erkundigen, stehen im Moment keine weiteren Schlägerungen an, aber das kann durchaus sein, denn sie müssen und werden auch laufend kontrolliert bezüglich der Verkehrssicherheit. Und gerade nachdem auf jeden Fall heuer noch neue Bäume gepflanzt werden, die geschlägert worden sind, müssen wir nun an der Straße etwas tun und zwar einfach deshalb, weil es keinen Sinn und Zweck hat, einfach an derselben Stelle die Bäume wieder einzusetzen, weil wir dann dasselbe Problem haben wie bisher, nämlich einen zu geringem Lebensraum für die Bäume. Man muss an der Straße in diesem Zusammenhang auf

jeden Fall etwas tun, um die Lebensfähigkeit der Bäume zu verbessern. Wir sind in Vorbereitung von dieser neuen Gestaltung, ich darf Sie informieren, dass geplant ist aus heutiger Sicht in diesem Herbst die Sanierung der Ostseite und zwar ausschließlich der Ostseite, das ist eben die Parkseite der Oeverseeallee und zwar dass selbstverständlich, wenn wir den Plan komplett ausgearbeitet haben, als Vorschlag in einem zweistufigen Prozess dann mit den Bürgern diskutiert wird und zwar zunächst mit der Bezirksvorstehung, die sich da ja sehr engagiert hat auch in dieser Frage und dann mit der Bevölkerung. Im Detail sind noch einige gemeinsame Besprechungen mit den Wirtschaftsbetrieben der zuständigen Stadträtin Wilfriede Monogioudis erforderlich, die werden stattfinden im Sommer. Ich darf Ihnen aus heutiger Sicht die Vorstellung, die wir haben hinsichtlich der Gestaltung, kurz angeben. Es sind dann tatsächlich die verbliebenen Bäume auf der östlichen Reihe zu entfernen, im Anschluss daran werden die Leitungsumlegungen, die Herstellung der Randleiste zur Fahrbahn und die Sickerkoffer für die Straßenentwässerung zwischen den neuen Baumstandorten hergestellt werden. Alles auf der Ostseite der Oeverseegasse und in diesem Jahr, wie schon gesagt, soll dann selbstverständlich auch die Baumreihe an der Ostseite neu gepflanzt werden. Das ist der Stand, wie gesagt, es bedarf noch einiger Besprechungen über diesen Vorschlag. Klar ist, dass wir die Bäume, die wir geschlägert haben, ersetzen wollen und zwar in diesem Jahr noch, bezüglich der Straßenmaßnahmen sind für uns die letzten Gespräche noch im Gange. Sobald das erledigt ist, werden wir auch der Bevölkerung draußen jedenfalls unseren Vorschlag mitgeben und es wird dann die endgültige Entscheidung fallen.

GRin. **Edlinger**: Sie haben die Neupflanzung der Bäume angesprochen. Was die Anrainer/Anrainerinnen in Erfahrung bringen konnten ist, dass angeblich die Baumreihe eben nicht mehr an derselben Stelle, sondern eineinhalb Meter zum Park hin versetzt neu gepflanzt werden soll und damit verbunden ist natürlich die große Angst, dass das automatisch auch heißt, dass genau das kommt, was die Bewohner/Bewohnerinnen nicht wollen, dass dadurch die Fahrbahn breiter wird, die Geschwindigkeit wird dadurch erhöht. Deswegen ganz konkret die Frage, Sie geben ja Ihren Beamten/Beamtinnen, denke ich mir, auch in diesen Besprechungen durchaus Vorgaben mit, wird die Fahrbahn verbreitert, kommt die zweite Parkspur

oder wird ein Projekt geplant derzeit, das sich an die derzeit vorgefundenen Maße hält?

StR. Dr. **Rüsch**: Ich habe wie gesagt den letzten Vorschlag der Gestaltung noch nicht bei mir, die Vorgabe war, dass es keine Straßenverbreiterung gibt. Die Verlegung der Baumreihe ist nach meinen Informationen allein aus Sicht der Baumpflanzung erforderlich, um auch die Lebensfähigkeit auch zu verbessern. Ich habe den letzten Gestaltungsvorschlag noch nicht vor mir, ich habe Ihnen hier die Grundlagen genannt. Wir werden aber auf jeden Fall, bevor eine Entscheidung getroffen wird, wie gesagt, diesen zweistufigen Informationsprozess organisieren. Zunächst mit der Bezirksvorstehung und dann mit der Bevölkerung.

2) WC-Anlage im Wohnbereichspark Schererstraße

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Es geht bei meiner Anfrage um eine WC-Anlage im Wohnbereichspark Schererstraße. Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Der Spiel- und Wohnbereichspark in der Schererstraße, der viele Jahre lang von der Bevölkerung in Wetzelsdorf gefordert wurde, ist endlich kurz vor dem Fertigwerden. Dies ist wirklich eine tolle Sache.

Viele Bewohner – Erwachsene, Jugendliche und Kinder – waren mit Begeisterung dabei, als ihre Wünsche, Vorstellungen und Vorschläge in einigen Workshops dazu gefragt wurden und es so aussah (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), als ob der Park auch nach den Vorstellungen der Bewohner gestaltet wird.

Leider ist das jetzt nicht so. Es macht sich bereits wieder Kritik breit, da wieder einiges anders kommt, als ursprünglich gedacht.

Für die Planung und Gestaltung dieses Parks wurde sehr viel Geld ausgegeben. Nun ist aber zu erfahren, dass für eine WC-Anlage kein Geld mehr übrig bleibt. Dies ist für viele nicht nachvollziehbar. Die Nutzung des Parks ist für alle Altersgruppen geplant, also vom Kleinkind bis zu den Senioren. Eine WC-Anlage sollte in so einem Bereich eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Wurde diese nicht geplant oder einfach aus Geldmangel eingespart? Beides wäre für die Stadt bei dieser Neuplanung eine Schande.

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich stelle im Namen der KPÖ-Fraktion deshalb folgende

F r a g e :

Sind Sie bereit sich für die Installierung einer WC-Anlage im Wohnbereichspark Schererstraße einzusetzen? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Kollegin Bergmann, zunächst möchte ich schon festhalten, dass, ich denke, wir beide der Ansicht sind, dass hier die Beteiligung der Anrainerinnen und Anrainer bei der Planung dieses kombinierten Projektes sehr gut geglückt ist, das möchte ich gerne festhalten, jedenfalls aus meiner Sicht. Es ist ein kombiniertes Projekt, das erstmalig so durchgeführt wurde und zwar ist aus Hochwasserschutzgründen im Bereich dieser Wohnanlage ein Versickerungsbecken erforderlich und es ist die Idee entstanden, dieses Versickerungsbecken zu kombinieren mit einem Spiel- und Sportplatz für die Anlage. Es ist ein Projekt, das erstmals so durchgeführt wurde und es wurde mit intensiver Bürgerbeteiligung durchgeführt und ich denke, das hat auch sehr gut funktioniert. Gleichwohl ist es so, wie Sie sagen, ein Problem oder eine offene Frage bezüglich des WC entstanden und zwar, weil im Zuge der Planung dieses WC angedacht wurde und auch miteingeplant wurde, es jetzt aber dabei Finanzierungsschwierigkeiten gibt. Ob das gleich eine Schande für die Stadt ist, wenn diese Finanzierungsschwierigkeiten bestehen und wenn wir unter Umständen auf das WC in der ersten Periode oder in der ersten Phase verzichten, das lasse ich Ihnen zur Bewertung über. Ich darf im Detail noch ganz kurz erläutern, wie das vor sich gegangen ist; und zwar wir mussten

aus Kostengründen im Zuge der Ausschreibung und der Vergabe einige gestalterischen, funktionelle Aspekte, wie gesagt, es war ein erstmaliges derartiges Projekte, die die Konzeption der Gesamtanlage nicht in Frage stellt, zurückstellen. Darunter auch die Errichtung eines ortsfesten WC-Anlage mittels Kanalanschluss. Als Ersatz wurde ein Trockenklolösung im Zuge einer Nachrüstung zu einem späteren Zeitpunkt an einem bestimmten dafür vorgesehenen Platz im Bereich des Kleinkinderspielbereiches, im Bereich der Sitzpergola an der südwestlichen Parkgrenze ausgeführt oder überlegt, ob sie zur Ausführung kommen soll. Nach Rücksprache mit der Liegenschaftsabteilung, die derzeit einige dieser chemischen WC-Anlagen in Betrieb hat und für die laufenden Betriebskosten in der Höhe von etwa 2.000 bis 3000 Euro jährlich pro Anlage verantwortlich zeichnet, läuft der Betrieb dieser WC-Anlagen eher unbefriedigend. Es gibt keinen finanziellen Rückfluss, es gibt Hygienemängel, aufwändige Betreuung. Sodass derzeit die Tendenz besteht, auch die bestehenden chemischen WC-Anlagen weitgehend zu reduzieren, jedenfalls keine neuen Anlagen mehr zu übernehmen. Da als Hauptbenutzer des zukünftigen Wohnbereichsparks überwiegend Kinder und Jugendliche aus den unmittelbar angrenzenden Siedlungen an der Schererstraße beziehungsweise an der Straßgangerstraße auftreten werden, ist davon auszugehen, dass eine Toilette im öffentlichen Bereich vermutlich nicht unbedingt notwendig sein wird. Ungeachtet dessen hat die ausführende Abteilung, das ist die Grünraumabteilung, zugesagt, Verhandlungen mit zwei dort angrenzenden Wohnbaugenossenschaften aufzunehmen, um Möglichkeiten einer Finanzierung des laufenden Betriebs über die als Hauptnutznießer begünstigten Genossenschaften auszuloten. Weiters besteht auch die Möglichkeit, mit einem vor Ort ansässigen Kaffeehaus über die Mitbenutzung der Toilette zu verhandeln. Da in den ersten Monaten und laufend danach eine intensive begleitende Betreuung der Anlage durch die städtischen Parkwächter und durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes beziehungsweise des Jugendamtes vorgesehen ist, wird der Bedarfsfrage einer eigenen WC-Anlage weiter nachgegangen.

GR. **Bergmann**: So wie ich jetzt Ihrer Antwort entnommen habe, wird auf alle Fälle einmal darüber nachgedacht, welche Möglichkeiten es gibt, dort eine WC-Anlage zu installieren. Stimmt das?

StR. Dr. **Rüsch**: Ja.

GRin. **Bergmann**: Etwas wollte ich noch sagen, ich freue mich irrsinnig über den Park und ich möchte das Projekt jetzt nicht schlecht machen, es ist wirklich eine tolle Sache und ich hoffe, dass die Bevölkerung diesen Park auch so annehmen wird, wie sie darum gekämpft hat. Danke (*Applaus KPÖ*).

3) „Stumme Verkäufer“ – Gratiszeitungen

GRin. **Binder** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Meine Frage bezieht sich auf die stummen Verkäufer; eine Flut an Gratiszeitungen überschwemmt in letzter Zeit unsere Stadt. Die Gratiszeitungen liegen nicht nur jetzt vor unseren Haustüren, sondern täglich können wir sie entnehmen den Plexiglasboxen vor den Haltestellen, Bus- und Straßenbahnhaltestellen oder auch auf sehr stark frequentierten Kreuzungen werden Zeitungen verteilt. Das ganze ist ein Novum in unserem Stadtgebiet und ich nehme jetzt einmal an, dass hier auch sehr viel an Einnahmen für die Stadt dabei herauskommen. Daher stelle ich jetzt meine

F r a g e

an Sie:

Wie hoch sind derzeit die monatlichen oder voraussichtlichen jährlichen Einnahmen für die Stadt Graz aus den im ganzen Grazer Stadtgebiet installierten Zeitungsentnahmestellen der neuen Gratiszeitungen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir haben zwei neue Tagesgratiszeitungen, das ist die Zeitung „heute“ und die Zeitung „ok“. Für die Gratiszeitung „heute“ wurden insgesamt 118 Standorte bewilligt, wovon sich 87 auf städtischem Grund befinden und von der Gratiszeitung „ok“ sind es 85 Standorte, davon 60 auf städtischem Grund. Wir haben Gebühren für den Bescheid, der Bescheid ist einmalig einfach für die Bewilligung der Aufstellung, und die Gebühr macht aus für Zeitung „heute“ insgesamt 11.882,20 Euro und für die Zeitung „ok“ 8.774,55 Euro, das ist eine einmalige Bescheidgebühr. Weiters haben wir verrechnet ein Nutzungsentgelt für die Inanspruchnahme öffentlichen Gutes. Dieses Nutzungsentgelt ist festgelegt worden mit 5 Euro pro Stand und Woche, das ergibt ein jährliches Nutzungsentgelt, das wir von der Zeitung „heute“ nach den derzeitigen Standorten bekommen von 22.620 Euro und von der Zeitung „ok“ 15.600 Euro. Das heißt, wir werden im ersten vollen Jahr von beiden Zeitungen insgesamt Einnahmen erzielen von 58.876,75 Euro und in den Folgejahren dann 38.220 Euro (*Applaus ÖVP*).

4) Kanalbenützungsgebühr

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

Mag. **Uray-Frick**: Ich wollte eigentlich dem Herrn Stadtrat Rüsch keine Pause gönnen, aber ich wurde an den Wolfgang Riedler verwiesen mit meiner Anfrage. Unabhängig von den derzeit laufenden Diskussionen, was also mit dem Kanalbauamt weiterhin passiert, sollte man meines Erachtens die Idee einer verbrauchsabhängigen Kanalbenützungsgebühr nicht ad acta gelegt. Wir haben zwar

in Graz ein sehr hohes Maß an Kanalisierung, aber die Stadt sollte bei den anfallenden Gebühren und Beiträgen doch größtmögliche Gerechtigkeit walten lassen und vor allem soziale Verträglichkeit schaffen, die aber dann auch wieder Umweltrelevanz hat.

Ich habe bereits während meiner Amtszeit als Stadträtin für das Kanalbauamt den Auftrag gegeben, die Möglichkeit der Umstellung der Kanalbenützungsgebühr auf den tatsächlichen Verbrauch zu prüfen und in Angriff zu nehmen. Also ich kenne die Schwierigkeiten, weiß, dass das kein sehr einfaches Projekt ist. Dennoch bin ich nach wie vor der Ansicht, dass die derzeit geübte Praxis der Berechnung, die abhängig ist von der Anzahl der Klosetts, nicht zielführend ist. Es macht doch keinen Sinn, wenn in einer Wohnung zehn Leute wohnen, dort ist ein WC, die zahlen weniger als eine Witwe, die in einem Haus allein verblieben ist und in diesem Haus sind 2 WCs.

Das Verursacherprinzip würde einerseits mehr Gerechtigkeit bringen – man zahlt eben nur das, was man verbraucht – andererseits würde damit ein vermehrter Anreiz auch zum Wassersparen gesetzt werden, was dann auch wieder der Umwelt zu Gute kommen und auch die Kosten für die Klärung reduzieren würde und auch diesen Wasser aspekt soll man nicht ganz außer Acht lassen, wir leben zwar in einem Land, das reichlich Wasser hat, aber wir wissen doch, dass Wasser ein sehr kostbares Gut ist und es ist immer Trinkwasser, das da hinuntergespült wird.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

Anfrage

an dich, lieber Wolfgang Riedler: Wird in absehbarer Zeit die Umstellung der Berechnung der Kanalbenützungsgebühren auf das Verursacherprinzip erfolgen?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Diese Umstellung ist aus meiner Sicht durchaus in einem weiteren Schritt wünschenswert. Wir haben ja im Moment eine Art Mischsystem, nämlich de facto eine Grundabgabe, die sich an der Zahl der Toiletten orientiert und

andererseits eine mengenmäßige Vorschreibung, die sozusagen das Verursacherprinzip in einem gewissen Ausmaß berücksichtigt. Es wird im Moment an einer Änderung dieser Struktur intensiv gearbeitet und ich gehe davon aus, dass wir ein entsprechendes Gemeinderatsstück noch in diesem Jahr vorlegen können. Die Probleme sind allerdings relativ leicht zu verstehen, wenn man sieht, dass zum Beispiel die Zahl der Toiletten so etwas wie ein Wohlstandsindikator sein kann. Es gibt sehr viele Familien, die nur eine Toilette in ihrem Wohnbereich haben, aber relativ große Familien sind. Andere Familien wiederum haben zwei Toiletten, benützen, vielleicht ein älteres Ehepaar, um ein Beispiel zu nennen, benützen also die Toiletten bedeutend weniger, erzeugen auch weniger Abwasser, nicht nur aus diesem Grund, zahlen aber einen höheren Beitrag. Im Sinne der Verursachergerechtigkeit ist es nicht einzusehen, im Sinne einer gewissen sozialen Ausgewogenheit oder einem gewissen sozialen Ausgleich allerdings würde ich sagen, auch eine Lösung, die akzeptabel erscheint. Der Verwaltungsgerichtshof hat in seinen Erkenntnissen sowie der Verfassungsgerichtshof in der Vergangenheit diese jetzt bestehende Lösung jedenfalls als sachgerecht und damit verfassungskonform und rechtskonform akzeptiert. Dennoch glaube ich, vor allem bei den großen Abwassererzeugern sollte man auf eine sachbezogenere und aufwandsbezogenere Gebührenfestlegung hindrängen und das ist also auch das schwierige Ziel, dem wir uns bei der Erstellung dieser neuen Kanalbenützungsordnung zu stellen haben.

5) Hilfe für Frauen im Schwangerschaftskonflikt

GRin. **Potzinger** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

GRin. **Potzinger**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Frage bezieht sich auf Hilfe für Frauen im Schwangerschaftskonflikt. Sehr geehrte Frau Stadträtin! In der letzten Gemeinderatssitzung vom 18. Mai dieses Jahres habe ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den Vorschlag eingebracht, Frauen im

Schwangerschaftskonflikt durch mehr Öffentlichkeitsarbeit in Form von Informationen über bereits in Graz bestehende Hilfseinrichtungen und Beratungsstellen und durch die bedarfsgerechte Förderung und Ausweitung von Hilfsangeboten zu unterstützen. Der Förderung von Beratungsstellen, an die sich Schwangere kostenlos und anonym wenden können, muss uns als kinder- und familienfreundliche Stadt ein besonderes Anliegen sein. Hilfsangebote, die das "Ja zum Kind" erleichtern können, sollten jeder Frau zugänglich sein!

Dabei kommt der Familien- und Sozialstadträtin eine besondere Verantwortung zu.

Deshalb richte ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

F r a g e :

Welche Förderbeträge erhalten heuer die einzelnen Schwangerenberatungseinrichtungen in Graz aus deinen Ressorts?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ein bisschen bin ich schon erstaunt, dass du ausgerechnet heute dort wieder anknüpfst, wo du in der letzten Gemeinderatssitzung zu diesem Thema aufgehört hast. Aber bitte. Außerdem stellst du mir so gewissermaßen die Frage, ob ich denn deinen Antrag umgesetzt hätte oder dabei sei, ihn umzusetzen, der ja im letzten Gemeinderat keine Mehrheit gefunden hat. Trotzdem mag ich deine Frage gerne beantworten, kurz und bündig. Das Beratungszentrum für Schwangere der Caritas hat im heurigen Jahr aus Mitteln des Sozialamtes eine Gesamtsumme von 5.000 Euro erhalten, 2000 davon für den Sozialhilfefonds für Schwangere und Mütter in Notsituationen, die zweite Hälfte von 2.500 Euro für den laufenden Betrieb des Beratungszentrums. Andere Einrichtungen, die gezielt und ausschließlich Beratung für Schwangere anbieten, da beziehe ich mich auf die Homepage der KAGES beispielsweise, die diese Einrichtungen auflistet, haben noch nie um eine Subvention bei mir angesucht und ich darf darüber hinaus darauf hinweisen, dass sich die Beratungsstelle der Caritas bei mir immer sehr herzlich bedankt für die großzügige Subvention und durchaus den Eindruck macht, nämlich schon seit vielen Jahren, damit sehr zufrieden zu sein.

GRin. **Potzinger**: Nachdem ich aus einem aktuellen Gespräch mit der Leiterin dieser Stelle weiß, dass der Dank sich selbstverständlich gehört, aber die Höhe der Subvention nur in geringem Maße die Ausgaben deckt, bei einem Gesamtbudget von 150.000 Euro sind 5.000 Euro nur ein kleiner Beitrag, und immerhin über 4000 Frauen, die in Graz in akuten Notsituationen sind, dort Beratung und Hilfe bekommen, frage ich dich im Wissen, dass zum Beispiel morgen im Stadtsenat beschlossen werden soll für das Frauendokumentationszentrum eine Förderung von 15.000 Euro, obwohl du selbst vor zwei Jahren bei der Prioritätensetzung in Erwägung gezogen hast, das Frauendokumentationszentrum nicht mehr zu fördern, welche Prioritäten du setzt bei der Förderung wichtiger Einrichtungen für Frauen in akuten Notlagen.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Also was die Förderung für das Frauendokumentationszentrum anbelangt, so ist richtig, dass ich seinerzeit angesichts des Spardruckes den Vertrag gekündigt habe und wir dazu einen Beschluss gefasst haben, es war ja Teil der Aufgabenkritik und zwar mit der Begründung, dass ich das Angebot, dass ich damals ausschließlich oder fast ausschließlich auf die feministische Bibliothek bezogen hat, dass ich das für nicht so vordringlich gehalten habe. Mittlerweile arbeitet das Frauendokumentationszentrum an neuen Konzepten, insbesondere, das geht ja auch aus dem Stadtsenatsstück hervor, mit der Zielgruppe junge Frauen und junge Mädchen. Ich halte das für eine sehr wichtige Aufgabe, für einen sehr wichtigen Auftrag und daher geht es bei meiner morgigen Subvention ausschließlich darum, dieses Konzept, dieses Programm, dieses Projekt zu finanzieren.

6) Volksschule Ries

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Zuerst möchte ich die Gelegenheit nutzen mich bei den Initiatoren für die Bezirksbefragung „Erhalt der Volksschule Ries“ sehr herzlich bedanken und ihnen noch einmal herzlich zu diesem überwältigenden Ergebnis gratulieren, das ja fast 99 % für die Erhaltung der Schule gebracht hat. Ich möchte ein bisschen meiner Verwunderung Ausdruck geben, dass du, Herr Stadtrat, bei der uns ja allen bekannten Tour der Kronen Zeitung durch die Bezirke leider nicht anwesend warst, wie die Krone im Bezirk, in dem ich auch lebe, im Bezirk Ries war, wo von vorneherein absehbar war, dass diese Volksschule Ries oder die Schließung der Volksschule Ries eines der Hauptprobleme sein wird und wie es dann auch bei dieser Sitzung sich gezeigt hat, war. Ich möchte jetzt konkret auf die Frage eingehen. Wie bekannt wurde, gibt es Pläne, dass die bisherige öffentliche Schule Ries als Privatschule weitergeführt werden könnte. Alleine die Tatsache, dass solche Überlegungen angestellt werden, ist für mich ein weiterer Beweis dafür, dass sehr wohl Bedarf an einer Schule im Bezirk besteht. Ich verzichte darauf, alle Argumente, die für den Erhalt der Schule sprechen, aufzuzählen, meine aber, dass nun ein weiterer und vor allem sehr gewichtiger Grund hinzugetreten ist.

Die Stadt Graz kann es nämlich nicht zulassen, dass es durch den Ersatz einer öffentlichen Schule durch eine private unter Umständen zu einer Zweiklassengesellschaft kommen könnte, nämlich in Schüler, deren Eltern es sich leisten können, ihre Kinder in die Schule im Bezirk zu schicken und in jene Schüler, deren Eltern finanziell dazu nicht in der Lage sind.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Wird dich die neue Situation dazu verleiten, doch noch einmal dem Wunsch der Bezirksbevölkerung nachkommend den Erhalt der Volksschule Ries als öffentliche Schule in Erwägung zu ziehen?

StR. **Miedl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Nein, ich habe das nicht vor.

Mag. **Korschelt**: Nein, das ist das Zeichen, dass man über 99 % der Bezirksbevölkerung mit einer Dampfwalze, die in dem Fall Werner Miedl heißt, drüberfährt. Danke.

7) Schutz gegen Hochwasser

GRin. Mag. **Fluch** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Fluch**: Ich darf mich auch ein bisschen vom Text meiner Frage lösen und uns alle ansprechen, weil wir als Grazerinnen und Grazer immer ein bisschen mit Bangen dem späten Nachmittag entgensehen. Hier haben wir keinen so direkten Blick auf den Himmel, aber es brauen sich sehr oft dunkle Wolken zusammen, das heißt, Graz ist immer wieder auch von Hochwassern durch Unwetter betroffen. Wir sind glücklicherweise heuer bislang davon verschont geblieben, auch wenn gerade die vergangene Nacht mit den Sturmschäden ordentlich für Aufregung gesorgt hat und leider Bürger auch betroffen hat. Es ist zum Glück nicht so, dass wir als Politikerinnen und Politiker der Stadt für das Wetter verantwortlich wären und dieser Eindruck soll keinesfalls entstehen und klar ist auch, dass sich nicht alles an Verbesserungsmaßnahmen beim Hochwasserschutz innerhalb kürzester Zeit umsetzen lässt, das gilt insbesondere auch für Baumaßnahmen wie Rückhaltebecken etc. Wir haben außerdem heute auch auf der Tagesordnung ein Stück, das sich diesem Thema noch einmal widmet, nämlich im Rahmen des Sachprogramms Grazer Bäche. Trotzdem denke ich, dass die Fragestunde in diesem Gemeinderat vor der Sommerpause sehr gut dazu geeignet ist, Erfahrungen zu sammeln und nachzufragen, was nach den schlimmen Schadensfällen des vorigen Sommers in Graz getan wurde. Ich muss dazusagen, dass ich diese Frage jetzt an Herrn Stadtrat Rüsch richte, mir allerdings bewusst ist, dass auch andere Bereiche betroffen wären, wie zum Beispiel das Feuerwehrwesen.

Ich darf dennoch namens des Grazer ÖVP-Gemeinderatsclubs (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

richten, was aus deiner Sicht im letzten Jahr getan werden konnte, um mehr in Richtung Hochwasserschutz im Grazer Stadtgebiet zu tun?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Bereits im Vorfeld der Hochwasserereignisse im August 2005 wurde im Magistrat Graz die Abteilung für Grünraum und Gewässer mit den Agenden des Hochwasserschutzes betraut und die Zuständigkeit für die Agenden der Fließgewässer respektive der Hochwasservorsorge innerhalb des Magistrates damit erstmals klar geregelt. Für die Bearbeitung innerhalb der Abteilung wurde auch ein neuer Dienstposten geschaffen und mit Herrn Dipl.-Ing. Egger-Schinnerl, der von einem Ingenieurbüro für die Hochwassertechnik kommt, auch sehr geeignet besetzt. Zusätzlich besteht seit kurzem mit Frau Mag. Merth-Zelinka eine zusätzliche Kraft, die zwar nicht ausschließlich, aber im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit durchaus an der Schnittstelle in der Sache zum Hochwasserschutz mit der Bevölkerung und der Materie betraut ist. Zu den einzelnen Maßnahmen, die seit dem 21. August getroffen wurden, möchte ich gerne etwas zusammenfassend folgende Schritte hervorheben: Als Erstes wurde eine sehr umfassende und sehr genaue Dokumentation über die Hochwasserschäden erstellt, dies deshalb, weil sie einfach Hinweise bringen soll über die geeigneten Maßnahmen für jeden der einzelnen Bäche. Ich möchte dazu sagen, dass wir seit dem September 2005 eigentlich alles, was in Graz im wassertechnischen, im Wasserbau Rang und Namen hat an Ingenieurbüros beauftragt haben, gemeinsam mit dem Land um möglichst rasch zunächst einmal für jene Bäche, die über die Ufer getreten sind, dann aber auch für alle übrigen Bäche, also für alle 41 Bäche in Graz, Hochwasserschutzkonzepte auszuarbeiten. Wir haben in letzter Zeit oder wir stehen kurz davor mit einigen Baumaßnahmen zu beginnen, und das vorhin schon erwähnte Projekt, die Versickerung, die Wohnanlage Schererstraße wird das erste Projekt sein, das fertig ist. Du hast etwas sehr Wichtiges erwähnt, worauf ich kurz eingehen möchte und zwar das ist, dass für die Bevölkerung in Andritz es natürlich nicht schnell genug gehen kann, hier geeignete Hochwasserschutzmaßnahmen zu treffen. Es hat auch vor 10 Tagen in Andritz eine Bezirksversammlung stattgefunden mit dem Schwerpunktthema Hochwasserschutz,

bei der, ich habe es nicht gezählt, aber sicherlich über 200 Personen, Andritzer und Andritzerinnen teilgenommen haben. Und ich denke, dass es dort hoffentlich gelungen ist, gemeinsam mit den Vertretern vom Land, mit denen wir diese Maßnahmen konzipieren gemeinsam und dann auch finanzieren unter Mithilfe des Bundes, also mit den Vertretern des Landes, mit den Vertretern der Ingenieurbüros den Menschen dort auch klarzumachen, dass es wenig Sinn und Zweck hat, jetzt auf Grund dieser tragischen Ereignisse, von denen wir alle sehr schockiert waren, in eine eher rastlose und nicht gut überlegte Horuck-Aktion überzugehen, sondern wir müssen insgesamt wirklich drei Schritte beachten, um zu wirkungsvollen Maßnahmen zu kommen. Das Erste ist, wir brauchen Konzepte für jeweils den ganzen Bach. Es hat ja keinen Zweck, die Hochwassergefahr von, was weiß ich, von einem Oberlauf eines Baches auf den Unterlauf zu verschieben, sondern es muss klar sein, wie die Hochwassersicherheit und zwar die Fragestellung ist, die Hochwassersicherheit bei einem 100-jährigen Hochwasser insgesamt für den ganzen Bach zu erreichen. Das Zweite ist, das soll übrigens jetzt im Laufe des Augusts fertiggestellt werden, die Arbeiten sind in Plan. Das Zweite ist, dass wir für verschiedene Maßnahmen Grundstücke brauchen, Grundstücke von Privateigentümern, das sind zähe Verhandlungen. Soll es hier Schwierigkeiten geben und sollten wir Enteignungen ins Auge fassen, wozu ich durchaus...

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich bitte Sie wirklich, wir haben einen Geräuschpegel da herinnen, dass es wirklich schön langsam schwer ist, wenn man unmittelbar daneben sitzt, dem Herrn Stadtrat zuzuhören und ich bitte wirklich, dass wir diese Geräuschkulisse auch in Ihrem Sinne wieder einmal ordentlich herunterbringen. Die, die was zu besprechen haben, mögen bitte vor die Tür hinausgehen, es gibt sogar zwei Türen, die zu empfehlen wären, einmal links und einmal rechts und ich darf auch die hohe Beamtenschaft in der von mir aus gesehen hinteren Ecke ersuchen, ihre Diskussionen, Herr Dr. Just, draußen bitte weiterzuführen. Herr Stadtrat bitte.

Dr. **Rüsch**: Das ist also das Zur-Verfügung-Stellen von Grundstücken und es könnte durchaus sein, dass in dem einen oder anderen Fall ein Enteignungsverfahren ins Auge gefasst werden muss. Derartige Verfahren können ein halbes Jahr lang dauern. Wenn auch die Verfügung über die Grundstücke da ist, das betrifft sowohl Rückhaltebecken als auch Linearmaßnahmen, also etwa Uferverbreiterungen, dann brauchen wir wasserrechtliche Behördenverfahren, nämlich wasserrechtliche Bewilligungen. Hier einen genauen Zeitplan zu erstellen, wann welche Anlage fertig sein wird, ist einfach unmöglich. Das haben wir den Andritzerinnen und Andritzern auch gesagt, wir rechnen damit, dass wir mit den Baumaßnahmen 2007 beginnen können. Wenn es ganz gut geht, dann können wir etwa im Schöckelbach schon im Herbst 2006 beginnen. Beim Schöckelbach deshalb, weil nach einer Besprechung zwischen Bürgern von Andritz und dem Bürgermeister, bei der ich ebenfalls dabei war, vorgeschlagen wurde im Sinne von Überbrückungsmaßnahmen unmittelbar am Unterlauf des Schöckelbaches mobile Hochwasserrückhalteeinrichtungen, dann auch Schläuche, die aufgeblasen werden, dass sogenannte Balken, die aufgestellt werden, dass wir da Sicherheitsmaßnahmen errichten, die das Hochwasser vom 21. August tatsächlich abführen könnten, ohne dass der Schöckelbach über die Ufer tritt. Der Vorteil dieser Maßnahme ist, dass sie keine wasserrechtlichen Bewilligungen brauchen, wir gehen jedenfalls davon aus und diese Maßnahmen können aller Voraussicht nach in diesem Herbst, leider aber nicht bis zum August, fertiggestellt werden. Ich möchte auch hier die Versicherung abgeben, dass wir mit voller Kraft und großem Engagement bei der Sache sind. Wir geben selbstverständlich auch sehr realistische Zeitpläne ab und ich hoffe eben, dass hier durch die Information da auch etwas Beruhigung eingetreten ist. Ein letzter Satz noch, ich glaube, es ist auch sehr offen und wichtig, den Leuten zu sagen, sie können sich jetzt nicht im Stuhl zurücklehnen und sagen, wir haben ein Hochwasserproblem, ihr da vorne, liebe Politik, liebe Verwaltung löst uns dieses Problem, sondern es ist jeder Einzelne und jede Einzelne aufgerufen mitzuarbeiten. Wir haben auch ein von der Feuerwehr oder gemeinsam mit der Feuerwehr ausgearbeitetes Informationsblatt verteilt, erstmals in Andritz verteilt, in dem auf wenigen Seiten ganz kurz und kompakt Selbsthilfemaßnahmen angegeben sind im Hochwasserfall, aber auch zur Vorbereitung. Es ist zum Teil unwahrscheinlich, eben vor allem nach dem August, seit wieder einzelne Türen, wieder einzelne Hauseingänge usw. eingerichtet sind, die wenn man eben weiß, dass hier

Hochwasser kommt, natürlich überhaupt keinen Schutz bieten, sondern auch wenig Barriere bieten, dass das Wasser also voll in die einzelnen Wohngeschosse eintreten kann. Ich denke, dass das geglückt ist und ich hoffe auf weiterhin gute Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern, dass wir da möglichst rasch zu guten Lösungen kommen.

8) MÖLKWEG

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Es geht wieder einmal um den MÖLKWEG. Wir haben eh das letzte Mal darüber diskutiert und zwar geht es ja um das Linksabbiegeverbot beziehungsweise dass der MÖLKWEG ja immer mehr und mehr zuwächst und natürlich dort auch eine besorgte Bevölkerung natürlich Angst hat, dort Kinder sozusagen, dass sie über die Straße gehen müssen dann und deshalb richte ich an Sie die

F r a g e :

Können Sie mir einen konkreten Zeitplan geben, wann der Kreuzungsbereich inklusive Gehsteig fertiggestellt wird, der Kreuzungsbereich ist eben der Linksabbieger von der Waltendorfer Hauptstraße in den MÖLKWEG.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! So kurz kann ich Ihnen die Frage nicht beantworten, weil sie hat eine sehr, sehr lange Vorgeschichte, die ich dennoch kurz zusammenfasse. Die Verkehrsplanungsabteilung ist von der Bevölkerung am Ruckerlberg seit vielen, vielen Jahren gefordert gewesen, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen auszuarbeiten. Es wurden Vorschläge gemacht von Einbahnführungen, Sackstraßen und dergleichen mehr. Das wurde von der

Verkehrsplanung auch mit politischer Unterstützung immer wieder abgelehnt, mit dem Hinweis, diese Maßnahmen bringen lediglich eine Verlagerung des Verkehrs aus dem Mölkweg raus in den Kaiserwaldweg hinein usw. und so fort. Wir sind dann durchaus unter Druck gestanden von der Bevölkerung vom Ruckerlberg mit dem Hinweis, liebe Leute, ihr plant und plant und bringt nichts zusammen, die Behörde entscheidet, es gibt keinen politischen Willen, hier etwas zu tun. Wir haben uns nach sehr, sehr langen Informationen und Diskussionen auf folgende Vorgangsweise geeinigt: Und zwar, wir versuchen den Schleichweg über den Ruckerlberg zu reduzieren, dazu werden folgende Maßnahmen gesetzt: Einmal die Begrenzungen, also die Quereinschnitte in die Argenotstraße, damit dort die Geschwindigkeit reduziert wird, zweitens ein Lkw-Fahrverbot über 7,5 Tonnen, drittens das Linksabbiegeverbot von der Waltendorfer Hauptstraße in den Mölkweg, denn das ist eine zentrale, eine sensible Stelle für den Schleichweg und viertens die Gehsteigerrichtung im Mölkweg. Wir haben diese Maßnahmen nicht durchgeführt ohne den Bezirksrat damit zu befassen und im Februar dieses Jahres haben wir vom Bezirksrat einen einstimmigen Bezirksratsbeschluss bekommen, dass alle Maßnahmen vom Bezirksrat gut geheißen werden. Wir haben dann die Maßnahmen umgesetzt und es ist genau das eingetroffen, was wir erwartet haben. Jene Personen, die den Schleichweg nicht mehr benützen können und noch einige, die kleine Umwege haben am Ruckerlberg, haben sich massiv aufgeregt, das war zu erwarten. Jeder der mit der Verkehrsplanung, Verkehrspolitik etwas zu tun hat, weiß das und ich sehe aus diesem Grund nicht ein, wieso wir von heute auf morgen diese Maßnahmen alle rückgängig machen sollten. Wir haben uns inzwischen auf folgende, intern jedenfalls bei uns, auf folgende Vorgangsweise geeinigt, nachdem die oberste Priorität für uns die Verkehrssicherheit ist in diesem Zusammenhang, möchten wir gerne als erstes den Gehsteig errichten, nach dem Sie gefragt haben. Für den Gehsteig sind die Vorarbeiten fertig, die Grundablösen sind durchgeführt, die Planung ist fertig, wir haben das Geld für heuer reserviert, offen ist noch die Zustimmung der Anrainerinnen und Anrainer, dass wir die Bauarbeiten zum Teil auf ihrem Grund machen dürfen, ich denke, das wird keine Probleme geben, das heißt, es bestehen gute Aussichten, dass wir den Gehsteig heuer noch umsetzen und einrichten. Wenn das gemacht ist, und damit ein wesentlicher Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet ist, dann werden wir uns das Linksabbiegeverbot nochmals gerne überlegen. Ich habe aus stadtverkehrsplanerischer Sicht überhaupt

kein Problem, dieses Linksabbiegeverbot wieder wegzunehmen, aber nochmals, als Erstes muss der Gehsteig fertig errichtet sein, dann werden wir das wieder angehen (*Applaus ÖVP*).

9) Asphaltabfräsungen Leechgasse

GR. **Mayr** stellt an StRin. **Monogioudis** folgende Frage:

GR. **Mayr**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Im Laufe des Monats Mai wurde in zahlreichen Straßen, als Beispiel habe ich besonders die Leechgasse angeführt, im Auftrag der Grazer Wirtschaftsbetriebe Asphaltstreifen abgefräst. Wochenlang wurde an diesen Stellen aber weder eine Baustelle errichtet, noch wurde die Asphaltdecke wieder geschlossen. So blieben in solchen Straßenzügen über Wochen unangenehme Fräskanten für die Anrainer oder Befahrerinnen und Befahrer dieser Straßen ohne ersichtlichen Grund, manchmal auch leider schlecht beschildert, wie im Falle der Leechgasse. Vor allem für RadfahrerInnen war das eine unangenehme Situation, es kam da zu zahlreichen Beschwerden, die von äußerst gefährlichen Fahrsituationen berichtet haben, ja sogar von dem einen oder anderen Sturz berichteten.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

Frage:

Warum wurden in zahlreichen Straßen, wie zum Beispiel der Leechgasse, die Asphaltstreifen abgefräst und dann aber über mehrere Wochen nicht bearbeitet, bevor nun zahlreiche dieser Fräsbereiche im Juni wieder geschlossen wurden?

StRin. **Monogioudis:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Nach Neuverlegungen beziehungsweise Reparaturen von diversen Leitungen müssen Straßenoberflächen natürlich wieder ordnungsgemäß wiederhergestellt werden. Handelt es sich um Querungen sind nach der Fertigstellung der Straßeneinbauten die Künetten ein Jahr nach dem Asphalteinbau abzufräsen, um eine länger haltbare niveaugleiche Straßenoberfläche mit Asphaltfeinbeton herstellen zu können. Im heurigen Frühjahr waren seitens des Geschäftsbereiches Straße allein in dem von der Region Nord betreuten Straßennetz bei 90 Baustellen solche Abfräsungen erforderlich. Eine dieser Baustellen war eben in der Leechgasse. Die Wirtschaftsbetriebe überwachen die ordnungsgemäße Ausführung, die Arbeiten selbst wurden an Dritte vergeben. Üblicherweise erfolgt nach der Abfräsung die Aufbringung des Asphaltfeinbetons am nächsten Tag. Vorausgesetzt, die Witterung lässt es zu. Wie aus den Aufzeichnungen unserer Mitarbeiter betreffend die Leechgasse hervorgeht, folgten dem 23. Mai, an dem mit den Fräsarbeiten bei sechs Künetten begonnen wurde, verregnete Werkstage. Die schlechte Wetterlage und die Notwendigkeit, bei einigen Hauptverkehrsstraßen, Heinrichstraße, Eggenberger Gürtel und Annenstraße, wo es ebenfalls bereits abgefräste Straßenflächen gab, mit Priorität asphaltieren zu müssen, brachten diese unerfreuliche Verzögerung in der Leechgasse, wo erst am 6. Juni und nach Aufforderung durch die Wirtschaftsbetriebe der Asphaltfeinbeton aufgebracht werden konnte. Hinsichtlich der von Ihnen als äußerst gefährlich bezeichneten Fahrbahnsituation darf ich festhalten, dass über den ganzen Zeitraum hinweg die in diesem Fall erforderlichen Verkehrstafeln konkret jeweils mit Arbeitstafeln, wie auch die Bodenwellentafel mit dem Zusatz Fräskante, aufgestellt waren. Abschließend möchte ich nochmals die ständigen Niederschläge im heurigen Frühjahr und Frühsommer in Erinnerung bringen, durch welche solche leider nicht vermeidbaren Verzögerung aufgetreten sind (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr:** Die Zusatzfrage wäre: Frau Stadträtin, ob Sie bereit sind, die Wirtschaftsbetriebe insofern darum zu bitten, dass sie bei der Kontrolle, vor allem bezüglich der Radfahrerinnen und Radfahrer genau darauf achten, dass eine Beschilderung beziehungsweise die Fräsung so erfolgt, dass für Radfahrer noch eine akzeptable Situation besteht. Die Fräskante ist ja wirklich im 90-Grad-Winkel und

doch einige Zentimeter tief, das heißt, gerade für Radfahrer eine unangenehme Situation, wenn Sie entweder die Beschilderung nicht genau beachten oder vielleicht da und dort auch die Beschilderung nicht auf so eine Fräskante exakt hinweist. Das heißt, die Bitte wäre einfach, dass man in solchen Fällen einfach vor allem für die RadfahrerInnen noch einmal genau die Situation betrachtet und vielleicht hier auch die Beschilderung noch verbessert:

StRin. **Monogioudis:** Also, soweit ich informiert bin, sind die Beschilderungen in allen Fällen ordnungsgemäß erfolgt. Ich weiß schon, dass die Fräskanten für die Radfahrer ein Problem sind, nur das kann nicht anders gefräst werden und in so einem Fall muss einfach der Radfahrer, die RadfahrerIn, die müssen dann einfach die Beschilderung beachten und entsprechend vorsichtig drüberfahren, anders kann ich mir da keine Lösung vorstellen.